

1 **3. Tagung des 1. Landesparteitages DIE LINKE. Thüringen**
2 **Arnstadt, 27. 3. 2009**

3
4 Einreicher: Hubert Krawczyk
5 Manfred Pätzold
6 Kreisvorstand Saalfeld-Rudolstadt
7

8
9 **Antrag**

10
11 Der Landesvorstand fordert seine Kreis- und Stadtverbände auf, zu den Kommunalwahlen 2009 keine
12 hauptamtlichen kommunalen Wahlbeamten als Kandidaten aufzustellen.

13
14 Der Landesvorstand wird vor den Kommunalwahlen eine intensive Öffentlichkeitsarbeit gegen die
15 Praxis der Scheinkandidaturen organisieren.

16
17 Begründung:

18
19 Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister einer Gemeinde ist gleichzeitig Mitglied des
20 Gemeinderates. Das derzeitige Thüringer Kommunalwahlgesetz lässt zu, dass zu den
21 Gemeinderatswahlen die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister für dieses Gremium kandidieren
22 dürfen, welchem sie bereits Kraft ihres Amtes angehören. Das bedeutet: Bürgermeister, die bei der
23 Wahl in den Gemeinderat das Mandat annehmen wollten, müssten von ihrem Amt zurücktreten. Aus
24 der Praxis ist ein solches Verhalten nicht bekannt.

25
26 Kandidieren diese aber mit der Absicht, ihr Bürgermeisteramt weiter auszuüben und das mögliche
27 Mandat nicht annehmen zu wollen, so begehen sie damit vorsätzliche Wählertäuschung. Die
28 Wählerinnen und Wähler betrachten es aber eigentlich als selbstverständlich, dass angetretene
29 Kandidatinnen und Kandidaten ihr Mandat auch ausüben, wenn sie es erzielen.

30
31 Ebenso verhält es sich auf der Ebene der Landkreise für die Landrätinnen und Landräte, die sich für
32 Wahlen zum Kreistag aufstellen lassen.

33
34 Die PDS-Landtagsfraktion hatte bereits im September 2003 einen Gesetzentwurf zur Änderung
35 kommunalwahlrechtlicher Bestimmungen in den Thüringer Landtag eingebracht, der genau diese
36 beschriebene Praxis der Scheinkandidaturen für hauptamtliche kommunale Wahlbeamte ausschließen
37 sollte. Er wurde natürlich von der CDU-Mehrheit abgelehnt. Dessen ungeachtet sollte die LINKE-
38 Fraktion im neuen Landesparlament nach den Landtagswahlen vom 30. August 2009 bei dann
39 hoffentlich anderen Mehrheitsverhältnissen dieses Thema als neuerliche Gesetzesinitiative wieder
40 aufgreifen.

41
42 Unabhängig von der Gesetzeslage stände es aber unserer Partei gut zu Gesicht, die Bürger des Landes
43 Thüringen über die beschriebenen Sachverhalte aufzuklären und selbst mit dieser Praxis zu brechen.

44
45 Wir sind der Überzeugung,

46
47 dass die Glaubwürdigkeit unserer Partei und ihrer Kandidaten ein ständiger Grundpfeiler linker Politik
48 sein muss und

49 dass die Bewahrung von Glaubwürdigkeit dauerhaft einem kurzfristigen Stimmengewinn bei Wahlen
50 durch solcher Art Scheinkandidaturen vorzuziehen ist.

51
52 Die Aussage „Es machen doch alle“ kann und darf für die Partei DIE LINKE kein Argument sein.